

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Buchhändler des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Infectionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Uebersicht.

Deutschland. *Frankfurt a. M. Die Grundrechte, die Nationalversammlung hebt die Todesstrafe auf. S Frankfurt a. M. Das Reichsministerium vervollständigt. Der schleswigsche und italienische Krieg. Frankfurt a. M. Der Gewerbecongrès. † Dresden. II. Kammer, die Chemnitz-Niesauer Eisenbahn, die Kirchenverfassung, das Petitionsrecht des Militärs, die Einkommensteuer. Dresden. Die Huldigung des Militärs. Sendung an den General Wrangel. † Leipzig. Zusammenkunft höchster Staatsbeamten von Sachsen und Thüringen in Betreff der Centralgewalt. *Leipzig. Das Verbrüderungsfest zwischen Civil und Militär. OLeipzig. Der Ostmarkenverein. Arbeiterversammlung. München. Der Ausmarsch nach Schleswig-Holstein. Der Huldigungsact. Hannover. Die Huldigung. Generalordre an die Armee. — Adresse einer Volksversammlung in Emden. Göttingen. Die Unruhen. Stuttgart. Armeebefehl in Betreff der Huldigung. Karlsruhe. Die Expedition nach Schleswig-Holstein. Vom See. Die politischen Flüchtlinge. Kassel. Die Stände, das Lehn- und Metzergesetz. Darmstadt. Die Huldigung. Gerücht vom Friedensschlusse mit Dänemark. Mainz. Kaufmann Städel freigelassen. Braunschweig. Die Huldigungsfrage. Geheime Zusammenkunft Abgeordneter deutscher Fürsten. Schwerin. Tumultscenen in Kraase und Groß-Drator. Die Reformvereine. Hamburg. Die Huldigung. Greiz. Die Arbeiter.

Preußen. Berlin. Die Huldigung. Die Truppen. Die Juden. Habeas-corporacte. — Ansprache des Bürgerwehrcommandeurs von Berlin. Parade. — General v. Willisen. Graf Oriola. Graf Pourtales. — Oberstlieutenant Griesheim. G Halle. Das Fest zu Ehren des Reichsverwesers. *Magdeburg. Die Huldigungsfeier. Nordhausen. Ruhestörungen. Breslau. Neue Unruhen in Schweidnitz. * Aus der Provinz Preussen. Unruhen in Danzig.

Oesterreich. Δ Wien. Die Stimmung. Reichsversammlung. Die rumburger Grenzbezirke. Die Oesterreicher in Lodi. — Das Gerücht von der Abdankung des Kaisers. Linz. Die Provinzialstände des Landes ob der Enns beschließen eine freie Volksvertretung. MAus Deutsch-Böhmen. Die Czechen. Die Wahlen. † Pesth. Die ungarisch-illyrische Frage. Die ungarischen Militairangelegenheiten. Der Erzbischof von Karlowitz.

Handel und Industrie.

Deutschland.

*Frankfurt a. M., 4. Aug. Nach Eröffnung der heutigen Sitzung der deutschen Nationalversammlung theilte der Präsident mit, daß der Abg. Ree aus Offenburg seinen Austritt aus dieser Versammlung angezeigt habe. (Derselbe gehörte zur äußersten Linken, die wie auch die Linke in der letztern Zeit überhaupt eine numerische Verminderung erlitten.) Der zweite Vicepräsident Abg. v. Hermann erstattet hierauf im Namen des Bureau, dem gestern von der Versammlung gefaßten Beschlusse gemäß, Bericht über die eingereichten Urlaubsgesuche; als das Bureau noch gestern an die Ansuchenden die Einladung erlassen habe, sich über die Motive weiter zu erklären, habe es sich gezeigt, daß fünf der Ansuchenden bereits abgereist gewesen (Heiterkeit); das Bureau sei der Meinung, daß man für jetzt noch einmal die nachgesuchten Beurlaubungen summarisch bewilligen möge, daß aber für die Zukunft dieses summarische Verfahren wegfallen werde; bis jetzt sei im Ganzen an 121 Mitglieder Urlaub ertheilt worden, und von diesen seien noch 67 von Frankfurt abwesend; es zeige sich indeß, daß auch andere Mitglieder, ohne Urlaub zu nehmen, in den Sitzungen fehlen; bei der letzten namentlichen Abstimmung hätten 107 Mitglieder gefehlt. Das Bureau stellt den Antrag: an die abwesenden Mitglieder, deren Urlaub abgeläufen, eine Aufforderung zu erlassen, daß sie sich sofort darüber erklären möchten, ob sie nach Frankfurt zur Theilnahme an den Arbeiten der Nationalversammlung zurückzukehren beabsichtigen oder auszutreten wünschen, in welchem Falle die Ersatzmänner einberufen sein würden. Abg. Eisenmann meint, man solle wegen der überschrittenen Urlaubsbewilligungen die betreffenden Regierungen benachrichtigen zum Behufe des Einhalts der Diäten. Die Versammlung genehmigt den Antrag des Bureau. Ebenso wird das Bureau beauftragt, wegen Ergänzung der Mitgliederzahl der Ausschüsse Vorschläge zu machen.

Auf der Tagesordnung steht: Fortsetzung der Berathung über die Minoritätserachten zu dem §. 6 des Entwurfs der Grundrechte. Mehrere Stimmen rufen nach Abstimmung. Der Präsident bemerkt, es seien noch mehrere Redner eingeschrieben in Bezug auf die Strafsarten, welche durch die Grundrechte verbannt werden sollen. Zuerst erhält der Abg. Mittermajer das Wort. Er erklärt sich auf das entschiedenste für die Abschaffung der Todesstrafe; in einigen Ländern habe man die öffentliche Hinrichtung durch eine geheime ersetzt; von Manchen sei diese Einrichtung hoch gepriesen worden, aber sie sei nur ein Beleg, daß die

Gesetzgebung sich schäme, die Todesstrafe zu vollziehen (lebhafter Beifall); die Abschreckung sei das alleinige Motiv, welches zur Rechtfertigung der Todesstrafe würde angeführt werden können; er weise auf das Beispiel von Toscana, wo seit 1830 keine Hinrichtungen stattgefunden und die Zahl der schweren Verbrecher sich fortwährend vermindert habe, um zu zeigen, daß die Anwendung der Todesstrafe nicht das Mittel sei, die Zahl der Verbrechen zu verringern; in einem Lande sei die Todesstrafe auf das Verbrechen der Brandstiftung gesetzt worden, aber die Brandstiftungen hätten trotz dem nicht ab-, sondern zugenommen, und von Denen, die sich dieses Verbrechens schuldig gemacht, seien die meisten bei der Hinrichtung von Personen, die derselben Missethat wegen zum Tode verurtheilt worden, zugegen gewesen; und seitdem wisse er, welches Schicksal die Frage von der Abschaffung der Todesstrafe haben werde (Beifallruf); insbesondere aber müsse er sich für die Aufhebung der Todesstrafe bei politischen Vergehen erklären; durch Hinrichtung wegen politischer Vergehen werden nur Märtyrer geschaffen, aus dem Blute der Märtyrer steigen neue Feuerzeichen empor; und wie häufig werden Denen, die politischer Thaten wegen den Tod auf dem Schaffot erleiden müssen, später Monumente errichtet! Das Jahr 1848 habe eine große Schuld ausgelöscht aus dem Schuldbuche der Geschichte; viele Männer, welchen patriotische Bestrebungen für das Wohl und die Größe des Vaterlandes schwere Verfolgungen zugezogen, sehe er jetzt vor sich, hier in diesem Raum als Vertreter des Volks; die Regierungen suchen wieder gut zu machen, er hoffe und wünsche nur, daß ihre Reue aufrichtig und dauernd sei; er wiederhole, er stimme für Abschaffung der Todesstrafe im Allgemeinen und eventuell für Abschaffung der Todesstrafe bei politischen Vergehen. (Lebhafte Beifall.) Abg. Wigard: Die Erklärung, daß die Ehre und das Leben des Menschen unverleßlich seien, müsse allerdings in die Grundrechte aufgenommen werden durch die Abschaffung der Strafen, welche diesem großen Grundsatz der Humanität widersprechen; eine große Lücke würde es sein, wollte man hier eine Auslassung belieben und diese Fragen lediglich in das Criminalrecht verweisen; schon früher sei die Abschaffung der Todesstrafe, der körperlichen Züchtigung, des Prangers, der Brandmarkung, dieser Schandflecke der Gesellschaft, in deutschen Ständeverfassungen angeregt worden, als wir noch unter dem alten Knechtschaftssysteme seufzten. „Decretiren Sie nun, meine Herren, mit Einem Worte, daß eine neue Zeit auch für das Criminalrecht in dieser Beziehung eingetreten sei, die Zeit der Humanität, die Verwirklichung des Grundprinzips der christlichen Lehre, der Menschenliebe!“ (Bravo.) Abg. Siemens ist gegen die Aufnahme dieser Bestimmungen in die Grundrechte des Volks; die Nothwendigkeit der Abschaffung der Todesstrafe sei noch nicht klar nachgewiesen; davon sei er überzeugt, obwohl auch er glaube, daß die Anwendung der Todesstrafe möglichst beschränkt werden solle. Abg. Heisterberg: Er sei der Ansicht, daß die Strafe jederzeit menschlich sein müsse und nicht unmenschlich; die Verbrecher müssen freilich gestraft werden; aber den Hals abschneiden zur Strafe, das sei unmenschlich, sei eine Brutalität; man möge ja bedenken, daß die Verbrecher nicht immer gesunkene, verlorene Menschen seien und daß ihnen mit dem Leben auch die moralische Sühne und Wiederaufrichtung abgeschnitten werde; nicht minder gebiete die Humanität die Abschaffung der körperlichen Züchtigungen; der Haselstock, die neunschwänzige Kabe, die Prügelmachine seien nur für die armen Teufel da, den Roué treffen sie nicht; er habe sich gefreut, als er in den Zeitungen gelesen, daß selbst in den Donaufürstenthümern in Folge der letzten Umwälzung die körperliche Züchtigung für abgeschafft erklärt worden sei; er befürchte freilich, daß die Russen das Versäumte bald nachgeholt haben werden. (Gelächter.) „Ich wende mich nicht blos an Ihr Herz, auch an Ihren Verstand. Schaffen Sie die körperliche Züchtigung ab! Der Stock schlägt des Menschen Ehre todt, und was dann übrig bleibt, das ist die Brutalität!“ (Beifall.) Abg. Bernher: Er werde für die Erhaltung der Todesstrafe sprechen und stimmen; die Todesstrafe sei, nach seiner Ueberzeugung, eine tiefe, menschliche Nothwendigkeit (Gelächter); auch der Krieg, dieses noch weit schrecklichere Mittel des Staats, die Bedingungen seiner Existenz durch Aufopferung von Menschenleben zu wahren, sei nicht ganz zu entfernen, dieses Mittel mache sich geltend, wenn die Nothwendigkeit dazu eintrete; und eben so wenig, wie dieses Mittels, werde der Staat des jus gladii entbehren können.

Abg. Schaffrath: Hier handle es sich nicht um eine politische Parteifrage, sondern um eine Frage der Menschheit; lassen wir doch bei so wichtigen Fragen die doctrinaire Schulmeisterei, die da sage, daß sie nicht in die Grundrechte gehören; nachdem eine Autorität, die eine eu-